

## Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung im Wahlbezirk Öhringen—Künzelsau, April 1848\*

Von Hartmut Weber

Die Nachricht von der bevorstehenden Wahl eines Abgeordneten zur konstituierenden deutschen Nationalversammlung, die am 4. April durch das Amts- und Intelligenzblatt des Oberamtsbezirks „Der Bote für Hohenlohe“ in Öhringen verbreitet wurde, fiel nicht auf unvorbereiteten Boden. Bereits einen Monat zuvor hatten die bürgerlichen Kollegien der Oberamtsstadt unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse in Frankreich eine Adresse an den König von Württemberg und an den landständischen Ausschuß gerichtet „über die Wünsche, welche die Württemberger gegenwärtig bewegen“.<sup>1</sup> Darin hatte man schon unter anderem gefordert, den Bundestag, „welcher dem deutschen Volke kein Vertrauen einflößt“, durch ein deutsches Parlament zu ersetzen. Innerhalb eines Monats waren viele der genannten Wünsche (Pressefreiheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, Volksbewaffnung) in Erfüllung gegangen, einer der Hauptforderungen jedoch, der vollständigen Befreiung des Bodens von den Grundlasten im neuwürttembergischen Landesteil, sollte im März durch Unruhen und einzelne Gewaltaktionen der Bauern Nachdruck verliehen werden. Während die württembergischen Zeitungen vermuteten, man stünde im Hohenloheschen am Vorabend eines Bauernkrieges,<sup>2</sup> blieben die Oberämter Öhringen und Künzelsau von Unruhen und Aktenverbrennungen weitgehend verschont, und auch die einzelnen Aktionen der Bauern am 10. und 11. März gegen die Rentämter in Ingelfingen und Künzelsau verliefen nach dem Bericht des betroffenen fürstlichen Beamten weitaus friedlicher, als sie in den Stuttgarter Blättern geschildert wurden.<sup>3</sup> In der Stadt wurde der Ausbruch der Gewalt (Brandstiftung in Niederstetten am 6. März) scharf verurteilt, und man hoffte, daß das am 9. März gebildete Kabinet Römer, dessen Innenressort der langjährige Abgeordnete des Oberamts Öhringen, Dr. Gustav Duvernoy, leitete, Ruhe und Ordnung wiederherstellen würde.

Infolge der Unruhen im eigenen Land war das bereits vorhandene politische Interesse noch verstärkt worden. In den Städten trafen sich die Bürger in Versammlungen, um über die politischen Vorgänge zu diskutieren. Die erste und einmalige politische Versammlung zur Erörterung und Unterzeichnung der oben genannten Adresse war auf Einladung des Stadtrats von Öhringen zusammengetreten. Sie gab den Anstoß, neben den bestehenden Vereinen „eine regelmäßige Versammlung von Staatsbürgern jedes Standes mit dem ausdrücklichen Zwecke, sich über Gegenstände des politischen Lebens zu unterhalten“ zu gründen.<sup>4</sup> Erstmals traf man sich am 22. März und von da ab regelmäßig an einem Abend in der Woche. Den Vorsitz hatte ein Präsident inne, der für jeden Monat neu gewählt wurde. Im April 1848 war dies Stadtpfarrer Adolf Fischer. Ihm zur Seite stand ein Ausschuß, dem Robert Kern, der Rektor des Lyzeums, Professor Essig von derselben Schule, Rechtskonsulent Dr. Theodor Tafel und Ökonom Eduard Schlatter aus Pfedelbach angehörten. (Schlatter gründete am 5. April in

Pfedelbach ebenfalls einen politischen Verein, was ihm die Ausweisung durch den dortigen Gemeinderat eintrug.<sup>5)</sup> Als Redner traten neben den Ausschußmitgliedern im März und April Stadtschultheiß Eberhard Friedrich Ade und in der ersten Veranstaltung, als man über die Grundlasten sprach, Herr von Forstner-Dambenois, ein Angehöriger der ehemaligen Reichsritterschaft, vor die Versammlung. Nur wenige Tage nach der Nachricht von der bevorstehenden Wahl zur Nationalversammlung diskutierte man über das Wahlsystem und sandte eine von 78 Bürgern unterzeichnete Adresse an das Ministerium des Innern.<sup>6)</sup> In dieser ersuchten die Versammlungsteilnehmer die Regierung, das bisherige Wahlsystem (2 Klassen, indirekt) aufzuheben und eine direkte Wahl für Landtag und Reichstag sofort einzuführen. In seiner seit 1819 bestehenden Form hielt man das Wahlrecht als erstes Recht des Staatsbürgers für nicht mehr zeitgemäß und forderte Gleichberechtigung aller volljährigen und unbescholtenen Staatsbürger ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse. Aus der Unterzeichnungsliste der Petition kann man auf die soziale Struktur der Versammlung schließen: Nahezu  $\frac{2}{3}$  der Teilnehmer waren Handwerker und Kaufleute, mehr als  $\frac{1}{4}$  Beamte. Vier Unterschriften stammen von Bauern und drei von Selbständigen (2 Rechtsanwälte, 1 Arzt). Tagelöhner, Gehilfen und Dienstboten waren in der Versammlung nicht vertreten. Unter diesen Voraussetzungen konnten keine republikanischen Tendenzen aufkommen. Man war im Gegenteil überzeugt, daß die republikanische Staatsform zur Gesetzlosigkeit führe, und war allenfalls bereit, für eine konstitutionelle Monarchie nach dem Vorbild Englands einzutreten.<sup>7)</sup>

Am 8. Mai beschloß die politische Versammlung, sich zum Verein zu konstituieren. Die Satzung sah jedoch weiterhin öffentliche Verhandlungen vor. Dem politischen Verein in Öhringen entsprach der Bürgerverein in Künzelsau, dessen Vorstand der Rotgerbermeister Friedrich Reger, der spätere Abgeordnete in der III. Landesversammlung, war. Beide Vereine arbeiteten eng zusammen. Für einen Kontakt der politischen Vereine des Wahlbezirks mit dem koordinierenden Vaterländischen Hauptverein gibt es im April keine Anzeichen.<sup>8)</sup> Die Vereine hatten von ihrer Struktur her die Aufgabe und durchaus die Möglichkeit, auf die Wahlen einzuwirken und sich für einen Kandidaten im Wahlkampf einzusetzen. Ihnen ist es auch zu verdanken, daß die Wahl zur Nationalversammlung schon frühzeitig durch die Organisation von Großveranstaltungen populär wurde wie keine Wahl zuvor.

Die erste Großveranstaltung dieser Art war eine überörtliche Volksversammlung, erstmalig in Hohenlohe, und fand am 13. April in der Kirche zu Künzelsau statt.<sup>9)</sup> Der örtliche Bürgerverein und der Landwirtschaftliche Verein für Hohenlohe hatten in den lokalen Zeitungen und in Flugblättern alle volljährigen Männer der umliegenden Oberamtsbezirke eingeladen. Gemeinsam sollte beraten werden, wie sich die Bezirke bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zur ebenfalls kurz bevorstehenden württembergischen Ständeversammlung verhalten wollten. Für Ordnung und Sicherheit waren je 40 Sänger und Turner aufgeboten — man fürchtete „unberufene Teilnehmer“ —, als am Versammlungstag 2000 bis 3000 Interessierte (nach damaligen Schätzungen) in die Kirche einzogen. Rechtskonsulent Wilhelm Theodor Müller, der Vorsitzende des Landwirtschaftlichen Vereins und Landtagsabgeordnete des Bezirks Künzelsau, eröffnete als Präsident die Tagung und stellte die Redner vor, die bei dem leitenden Komitee auf der Orgel Platz genommen hatten. Die Rednerliste eröffnete Rechtskonsulent Dr. Tafel aus Öhringen, der die Versammlung davon unterrichtete, daß die Be-

zirke Öhringen und Künzelsau dem Vernehmen nach gemeinsam einen Abgeordneten zu wählen hätten. Gegen die Bevormundung der Wahl „durch eine gewisse Seite von Stuttgart“ wandte sich Franz Gräter aus Hall und trat für eine völlige Unabhängigkeit des Volkes bei der Benennung der Kandidaten ein. (Der Demokratische Verein in Stuttgart und der Vaterländische Hauptverein wollten durch Vorschläge von Kandidaten aus den eigenen Reihen die örtlichen Wahlkomitees unterstützen und so eine Zersplitterung der Stimmen auf verschiedene lokale Kandidaten verhindern, wahrscheinlich aber auch unter diesem Vorwand möglichst viele führende Mitglieder in die Nationalversammlung entsenden.) Großen Beifall fand die Rede des Rektors Kern von Öhringen, der sich schließlich als Kandidat für die Nationalversammlung erklärte. Die an der Versammlung als Beobachter teilnehmenden fürstlichen Beamten Eisenmenger und Neubert aus Künzelsau sahen Kern schon als Wahlsieger über die in Abwesenheit vorgeschlagenen Kandidaten: Trotz der von Gräter geäußerten Bedenken gegen die „Stuttgarter“ wurden in der Versammlung Namen wie Rechtskonsulent Friedrich Rödinger und Professor Wilhelm Zimmermann aus Stuttgart genannt, beide waren Mitglieder und Redner des Demokratischen Vereins. Mit dem Beschluß der Versammlung, am 19. April in Hohebuch als dem Mittelpunkt der Oberamtsbezirke Öhringen und Künzelsau eine weitere Versammlung aller Wahlberechtigten anzuberaumen und dazu die vorgeschlagenen Kandidaten einzuladen, wurde das zentrale Wahlthema abgeschlossen. Mit geringem Erfolg versuchten im weiteren Verlauf der Versammlung Franz Gräter, ein Kaufmann Groß aus Gelbingen, Apotheker Dr. Frech aus Ingelfingen und Verwaltungsaktuar Bumüller von Schrozberg, die aktuellen Probleme der Bauern, besonders „Handlohn und Sterbfall“, zur Sprache zu bringen und Beschlüsse darüber herbeizuführen.

Schon kurz vor dieser Volksversammlung setzte in Öhringen der Wahlkampf ein. Professor Essig hatte versucht, für eine Kandidatur seines Vorgesetzten Kern Unterschriften in den Häusern zu sammeln, was ihm und Kern heftige Vorwürfe in der Lokalzeitung einbrachte.<sup>10</sup> Man rügte an Essig, daß er mit seiner Aktion der gemeinsamen Aussprache über die Wahl in Künzelsau vorgegriffen habe, und kritisierte Kern, daß er seinen Untergebenen für sich werben lasse. Dem Kandidaten Kern erteilte die Leserschrift zudem ein klare Absage: Man wolle keine Männer wählen, die erst gestern und heute liberale Reden hielten, sondern solche, „die in schwierigen Verhältnissen und mit Opfern für die Freiheit gestritten haben“. Keine Name wurde genannt, doch jeder, der das „Sendschreiben“ Rödingers „an die Wahlmänner des Ober-Amts Öhringen“ vom 22. März gelesen hatte, wußte, wen man Kern als Kandidaten entgegenstellte.<sup>11</sup> Rechtskonsulent Friedrich Rödinger, am 11. Februar 1800 als Bauernsohn in Lehrensteinsfeld bei Weinsberg geboren, war schon 1831 im Oberamtsbezirk Öhringen als Kandidat zur württembergischen Ständeversammlung aufgetreten und mit überwiegender Mehrheit gewählt worden. Wie auch Gottlob Tafel, Kübel und Wagner („4 Demagogen“) durfte er wegen einer früheren, im Zuge der Burschenschaftsverfolgung verhängten Festungsstrafe auf dem Asperg nicht in den Landtag einziehen.<sup>12</sup> Bis 1848 blieb ihm der Weg zur Volksvertretung versperrt. Als im März dieses Jahres der von Rödinger dem Bezirk empfohlene Abgeordnete Dr. Duvernoy Minister wurde und sein Mandat niederlegte, wurde sogleich Rödinger als dessen Nachfolger vorgeschlagen, und seine Wahl in die Ständeversammlung galt als sicher.

In einer Rechtfertigung und Entgegnung erklärte der 34jährige, aus Stuttgart stammende Robert Kern ausdrücklich seine Hochachtung vor Rödinger und pries ihn als einen der Hauptführer der Liberalen mit den besten Kenntnissen von Recht und Staat; er meinte aber, wie auch Professor Essig in derselben Ausgabe der Zeitung, ein Abgeordneter „aus der Gegend“ könne dem Bezirk viel mehr nützen.<sup>13</sup> Doch auch dieses Argument, im neuwürttembergischen Landesteil wegen des Mißtrauens gegen „eine Bevormundung von Stuttgart“ sonst gerne gehört, half Kern nicht weiter, der überdies erst seit wenigen Jahren in Öhringen war. Schon in der folgenden Ausgabe der Lokalzeitung sprachen sich „mehrere Bürger“ prinzipiell gegen einen Besoldeten und somit gegen den Beamten Kern aus; „bis zum letzten Mann“ wollten sie für ihren Kandidaten Rödinger kämpfen. Die Hauptaktiven der politischen Versammlung, Kern und Essig, hatten keinen Rückhalt in der Versammlung und in der Öffentlichkeit gefunden. Die politische Versammlung hatte ihre Aufgabe und ihre Möglichkeit, ein Wahlkomitee zu bilden, nicht wahrgenommen oder nicht wahrnehmen können. Die seither ausschlaggebenden Wahlmänner der höchstbesteuerten I. Klasse wollten die wichtige Entscheidung in der Abgeordnetenwahl nicht dem bürgerlichen Mittelstand, der in der politischen Versammlung hauptsächlich vertreten war, und nicht den besoldeten Ausschußmitgliedern überlassen. Das Öhringer Wahlkomitee<sup>14</sup> bestand aus einflußreichen Bürgern wie Stadtschultheiß Ade, dem Obmann des Bürgerausschusses Ernst Arnold, den Stadträten Kaufmann Behr, Posthalter Lemppenau und Maurer, dem Stadtarzt Dr. Wilhelm Friedrich Schäufelen, einem Jugendfreund und Asperggenossen Rödingers<sup>15</sup> und den Apothekern Winkelmann und Modrach. 10 der 15 Komiteemitglieder zählten zu den höchstbesteuerten Bürgern der Stadt. Von Anfang an setzte sich dieses Komitee für die Wahl des früher verhinderten Abgeordneten ein. Kern konnte gegenüber dem 13 Jahre älteren Rödinger keine ähnliche politische Vergangenheit aufweisen und war zudem als Beamter dem unabhängigen Rechtsanwalt in der Sicht der einflußreichen Bürger unterlegen. So war die erste Phase des Wahlkampfes schon entschieden, bevor Rödinger am 18. April, am Vorabend der Wahlversammlung zu Hohebuch, vor der Bürgerversammlung (nicht: politischen Versammlung!) in Öhringen zum ersten Male sprach.

„Rödinger“ stand auf einer Fahne, die Männer von Öhringen zur Wahlversammlung in Hohebuch am 19. April mitgebracht hatten.<sup>16</sup> Der Rechtskonsulent aus Stuttgart war es auch, der als erster Redner die ungefähr 1000 Anwesenden begeisterte. Seine Kandidatur begründete er mit der nunmehr gegebenen Möglichkeit, seine Gedanken, deretwegen er vormals politisch verfolgt worden war, beim Aufbau der deutschen Nation einsetzen zu können und mit seiner Berufung als Rechtsanwalt und Kenner der Probleme der Bauern allen Unterdrückten helfen zu können. Er wandte sich gegen die Staatsform der Monarchie, sprach sich aber auch gegen die Republik aus, da diese dem ersten Ziel, der Einheit Deutschlands, entgegenstehe. Seine Lösung war eine konstitutionelle Monarchie, bei der Geist und Wille des Volkes die Bevormundung von oben ersetzt, getreu seinem Wahlspruch „Alles für und alles durch das Volk“. Rektor Kern hatte schon zuvor sein „politisches Glaubensbekenntnis“ gedruckt verteilen lassen und beschränkte sich in seiner Rede hauptsächlich darauf, zu den Angriffen gegen seine Person von seiten des Öhringer Komitees Stellung zu nehmen. Der berichtende fürstliche Beamte meinte, daß er dadurch „wohl als gänzlich beseitigt betrachtet werden muß“. Der dritte Redner, Professor Zimmermann aus Stuttgart, erklärte sogleich, nicht als

Kandidat zu sprechen, sondern um beim Volke Schutz gegen die Reaktion zu finden. In seiner mit großem Beifall bedachten Ansprache erklärte sich der bekannte Republikaner gegen eine Republik zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wandte sich aber entschieden gegen die herrschende Bürokratie und gegen andere Formen der Bevormundung, die dem Fortschritt entgegenstünden. Franz Gräter aus Hall, der wie Dr. Frech aus Ingelfingen als Kandidat erschienen war, fand „gar keinen Anklang“ (Eisenmenger), als er sich erneut für „biedere und schlichte“ Vertreter des Volkes und somit gegen die gefeierten Männer des Tages, Rödinger und Zimmermann, aussprach.

Trotz der Erklärung Zimmermanns, nicht gegen seinen Freund zu kandidieren, hatte man für den Wahlsieg Rödingers zu fürchten. Das Öhringer Komitee war in Bedrängnis. Rektor Kern glaubte man in der öffentlichen Konfrontation mit dem glänzenden Redner aus Stuttgart auf einfache Weise losgeworden zu sein, aber ein anderer Kontrahent — wider Willen — war aufgetreten. In einem Brief an den Stadtschultheißen Ade äußerte sich auch Rechtskonsulent Müller aus Künzelsau besorgt über die Begeisterung für Zimmermann im Bezirk, versicherte aber zugleich, die Künzelsauer würden sicher Rödinger wählen und versuchen, Zimmermann im benachbarten Wahlbezirk Hall—Crailsheim—Gaildorf als Kandidat unterzubringen.<sup>17</sup> Ohne das Ergebnis dieser Bemühungen abzuwarten, beschloß das Wahlkomitee von Öhringen, sich entschieden für Rödinger einzusetzen. Man entwarf ein Flugblatt, dessen Druck der Stadtrat finanzierte und dessen Verbreitung im ganzen Wahlbezirk durch Spenden der Komiteemitglieder gesichert wurde.<sup>18</sup> Der Text des Flugblattes war eine als Bericht der Versammlung in Hohebuch aufgemachte Wahlpropaganda für Rödinger und gegen Zimmermann, über dessen Rede sehr tendenziös informiert und seine Eignung als Abgeordneter in Frage gestellt wurde. Kerns Rede blieb unkommentiert, obwohl dieser noch einige Tage nach der Wahlversammlung weiterhin um seine Kandidatur in Flugblatt und Lokalzeitung gekämpft hatte.<sup>19</sup> Das Komitee hatte sich vermutlich mit ihm geeinigt, denn im Flugblatt wurde er als Ersatzmann Rödingers vorgeschlagen.

Noch kurz vor der Drucklegung des Komitee-Flugblattes hatten die Bemühungen der Künzelsauer in Hall Erfolg.<sup>20</sup> Gerade noch rechtzeitig vor der Volksversammlung, die zur Vorstellung der Kandidaten des Wahlbezirks am Ostersonntag (22. April) in Hall einberufen worden war,<sup>21</sup> kam auf Vermittlung eines Kaufmann Ziegler im Hirschaal eine Verständigung zustande. Der aussichtsreiche Kandidat, Fabrikant Weber, erklärte sich bereit, zugunsten Zimmermanns von seiner Kandidatur als Abgeordneter zurückzutreten und dafür als Ersatzmann zu kandidieren, „da Rödinger um jeden Preis gewählt werden müsse“ (im Wahlbezirk Öhringen—Künzelsau). Die Öhringer nahmen diese Freudenbotschaft aus Hall in einem Nachsatz in das am 24./25. April verbreitete Flugblatt auf. Gleichzeitig bat Zimmermann die Wähler des Bezirks, Rödinger zu wählen. Die Bahn für Rödinger war frei. Öffentlich erklärten sich für ihn die Wahlmänner von Öhringen, Künzelsau, Neuenstein, Kupferzell und Forchtenberg. So konnte auch der erst kurz vor den Wahlhandlungen als Kandidat aufgetretene und von Ephorus Roth aus Schöntal unterstützte Kameralverwalter Klaißer Rödinger den Sieg nicht mehr streitig machen.<sup>22</sup> Die Wahl war schon vor Beginn der Abstimmung entschieden. Die lokalen Komitees verhandelten untereinander, um dann zu veröffentlichen, welchen Kandidaten die Mehrzahl der Bürger zu wählen entschlossen sei, „um eine

Zersplitterung der Stimmen zu verhüten“. (Man sah es als positiv an, wenn ein Bezirk durch Einmütigkeit in der Wahl auffiel.) Die übrigen, unentschlossenen Wahlberechtigten wählten bei der Stimmabgabe wohl wie „die Mehrzahl der Bürger“.

Nach der Königlichen Wahlverordnung vom 11./12. April 1848, deren Bestimmungen zur Organisation der Wahl durch einen Gemeinschaftlichen Zirkularerlaß der Ministerien der Justiz und des Innern ergänzt wurden, war der Wahlbezirk Öhringen—Künzelsau der 3. Bezirk des Jagstkreises und umfaßte die Gemeinden beider Oberamtsbezirke außer Laibach, dessen Wähler im Wahlbezirk Mergentheim abstimmten. Abstimmungsorte waren Künzelsau mit dem dortigen Oberamtmann Schöpfer als Wahlkommissär, Öhringen mit Oberamtmann Günzler als Wahlleiter, der auch die Hauptlast der Organisation trug; für Forchtenberg war Amtsnotar Schall zuständig, und der Abstimmung in Kupferzell stand Amtsnotar Rau aus Neuenstein als Kommissär vor. Bei der Aufteilung der 90 Gemeinden auf die vier Abstimmungsorte wurden die Oberamts Grenzen nicht beachtet. Wahltag und Wahlzeit wurden für die betreffenden Gemeinden von den Wahlkommissären festgesetzt und bekanntgemacht.<sup>23</sup> Die Wahlvorbereitungen waren für alle amtlichen Stellen einfacher und weniger umfangreich als bei einer Wahl zur württembergischen Ständeversammlung, da die Einteilung der Bürger in Wahlmänner I. Klasse und Urwähler nicht vorgenommen werden mußte und nur ein Wahlgang notwendig war. Die Abstimmungstage waren im Wahlbezirk nach Ostern auf den 25., 26. und 27. April festgesetzt. Die Abstimmung geschah mittels vorgedruckter Stimmzettel, auf denen der Wähler den Namen des Abgeordneten und des Ersatzmannes zu schreiben hatte. Die vollzogene geheime Abstimmung wurde auf den Wahlmännerlisten vermerkt.

Da die Wahlakten fehlen, muß sich eine Untersuchung der Wahlbeteiligung auf die Oberamtsstadt Öhringen beschränken, wo die Wahlmännerliste in den städtischen Akten vorhanden ist.<sup>24</sup> Die dabei gewonnenen Erkenntnisse können nicht ohne weiteres auf die ländlichen Gemeinden und somit auf den ganzen Wahlbezirk übertragen werden. Von den ungefähr 3300 Einwohnern der Stadt waren nach den Bestimmungen der Verfassungsurkunde von 1819 bei der Wahl zur Ständeversammlung im Mai 507 Urwähler wahlberechtigt, während 636 Männer der Stadt im Sinne der Königlichen Wahlverordnung vom 11./12. April berechtigt waren, einen Nationalvertreter zu wählen. Von diesen stimmten am Osterdienstag (25. April) morgens von 7 bis 10 Uhr 509 Bürger in alphabetischer Reihenfolge auf dem Öhringer Rathaus ab, was einer Wahlbeteiligung von 80% entsprach. Die höchste Wahlbeteiligung mit 82,5% war bei den Selbständigen (Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler) zu verzeichnen. Handwerker und Kaufleute hielten den Durchschnitt (80,5%). Von den stimberechtigten Tagelöhnern beteiligten sich 77,5% an der Wahl und von der Gruppe der Bauern, Weingärtner und Fuhrleute 77%. Auffallend ist die verhältnismäßig schwache Wahlbeteiligung der Beamten und der in öffentlichen oder fürstlichen Diensten Stehenden mit 72%. Die Mehrzahl der Nichtwähler dieser Gruppe stand in fürstlichen Diensten; der Vertreter des Fürstenhauses Hohenlohe-Öhringen, Prinz Hugo, hatte jedoch abgestimmt.

Die Wahlbeteiligung von 80% beweist die Popularität dieser ersten direkten und verhältnismäßig allgemeinen Wahl gegenüber den Wahlen zur Ständeversammlung nach dem alten und in dieser Zeit oft kritisierten System: Am 10. Mai 1848 waren zu diesen Wahlen von den 507 Wahlberechtigten in Öhringen nur 255 Urwähler erschienen (51,5%). Das Wahlprotokoll schließt nach dem 255.

Namen: „Weitere Stimmen brachte man nicht zusammen, obgleich man die Wähler wiederholt, sogar auf Strafandrohung zum Erscheinen aufgefordert hatte.“<sup>25</sup>

Vom ersten Abstimmungstag an war der Sieg Rödingers schon so sicher, daß man sich in der Bürgerversammlung von Öhringen Gedanken über die Siegesfeier machte. Am 28. April trafen die vier Wahlkommissäre in Öhringen zusammen, um aus den Teilergebnissen der einzelnen Abstimmungsorte das Wahlergebnis zu ermitteln. Bürgerwehr und Bevölkerung von Öhringen und Neuenstein hatten sich nach einem Festzug durch die mit Fahnen geschmückten Straßen der Stadt vor dem Rathaus eingefunden und vernahmen dort aus dem Munde des Oberamtmanns Günzler das Ergebnis der Wahl.<sup>26</sup> Rödinger war mit 6234 der 8349 abgegebenen Stimmen zum Abgeordneten gewählt worden, auf Kameralverwalter Klaißer fielen 1002 Stimmen.<sup>27</sup> Zum Ersatzmann hatte man mit 4413 Stimmen Rektor Kern gewählt; der nächstfolgende Kandidat, vermutlich Rechtskonsulent Müller aus Künzelsau, erhielt 1975 Stimmen.

Als einziger Abgeordneter in Württemberg war Rödinger in zwei Wahlbezirken gewählt worden. Mit einer Mehrheit von 736 Stimmen hatte sich der Wahlbezirk Herrenberg—Nagold—Horb für ihn entschieden.<sup>28</sup> In diesem Bezirk war er weder als Kandidat noch als Redner aufgetreten, darüber hinaus hatte er diesem und anderen Bezirken, wo er als Kandidat im Gespräch war, seine Zusage an den Wahlbezirk Öhringen—Künzelsau mitgeteilt. (Ein weiteres Zeichen dafür, daß der Wahlkampf von den Komitees, nicht von den Kandidaten ausgefochten wurde.) Da Rödinger die Wahl im Hinblick auf seine alte Verbindung zu Öhringen in diesem Wahlkreis annahm,<sup>29</sup> mußte der Wahlbezirk im Schwarzwaldkreis erneut abstimmen. Die Wahl fiel am 19. Mai auf Professor Fallati aus Tübingen, der in der ersten Wahl gegen Rödinger unterlegen war.<sup>30</sup>

Wenige Wochen nach seiner Wahl zur Nationalversammlung wurde Rödinger vom Oberamtsbezirk Öhringen auch als Abgeordneter in die württembergische Ständeversammlung mit nur zwei Gegenstimmen gewählt.<sup>31</sup> Der politische Verein und die Wahlmänner setzten sich für diese Wahl ein, weil es ihnen vorteilhaft schien, daß dadurch der Geist der Nationalversammlung auch in den Landtag getragen würde. Rödinger, der schon im Vorparlament in Frankfurt gewesen war, blieb der Nationalversammlung bis zu ihrer Auflösung treu. Zwanzig Jahre lang vertrat er den Oberamtsbezirk Öhringen ununterbrochen als Abgeordneter im Stuttgarter Landtag. In Anerkennung seiner Verdienste und als Dank für seine Treue übergab ihm der Bezirk 1862 einen Ehrenbecher, auf dem die von Friedrich Theodor Vischer gedichteten Verse eingraviert waren:<sup>32</sup>

Heiligen Volksrechts altbewährter Sprecher!  
Bedrohter Geistesfreiheit wackrer Hüter!  
Erebtet Lasten ritterlicher Brecher,  
Der Bringer neuer segensvoller Güter,  
Getreuer Anwalt unsres Schienenbandes;  
Zum höhern Werk, zum Bau des Vaterlandes  
Einst unser Bote! Nimm den Ehrenbecher,  
Trink auf sein Wohl! Erlebe noch die Stunde,  
Da es ersteht aus deutscher Männer Bunde!  
Dann setz' ihn an und wärs zum letzten Male,  
Und trinke froh und sprich getrost und laut:  
Da steht das Haus in hellem Tagesstrahle,  
und ich darf sagen, daß ich mitgebaut.

1853 gab er seine Anwaltspraxis auf, um sich mit rechts- und staatswissenschaftlichen Arbeiten zu beschäftigen. Sein Hauptwerk erschien 1864: „Die Gesetze der Bewegung im Staatsleben und der Kreislauf der Idee“, eine wissenschaftliche Begründung der demokratischen Selbstverwaltung. Rödinger war ein vielseitig gebildeter Mensch und galt im Landtag als „Philosoph der Kammer“. Als er am 20. Juni 1868, kinderlos geblieben, starb, wurde er, wie sein Nekrolog berichtet, von den verschiedensten Parteien, der nationalen und der demokratischen, gleichermaßen betrauert.

\*

Die Wahl zur Nationalversammlung war populär wie keine Wahl zuvor. Durch die Märzunruhen war die Bevölkerung des Bezirks wach geworden und verlangte eine Änderung der bestehenden Mißstände in Ruhe und Ordnung. Die Erfüllung der Erwartungen erhoffte man sich von der Nationalversammlung, die Wichtigkeit, einen geeigneten Vertreter in diese Versammlung zu entsenden, sah jedermann ein. Gleichzeitig war durch die erste Regung einer organisierten politischen Diskussion in Versammlungen und Bürgervereinen das politische Bewußtsein in begrenzten, aber einflußreichen Kreisen aktiviert worden. So war für den Wahlkampf eine Führungsschicht vorhanden, die Großveranstaltungen organisieren und Wahlkomitees besetzen konnte. Diese Komitees führten den Wahlkampf mit den üblichen Publikationsmitteln, der lokalen Presse und der Volksversammlung, aber bei dieser Wahl erstmalig auch mit Flugblättern, was zur Popularisierung beitrug. Man entschied sich dafür, Rödinger, den gemäßigten Liberalen, zu unterstützen, weil dessen Vorstellungen denen des einflußreichen Bürgertums entsprachen, hauptsächlich aber aus persönlichen Gründen. Zwischen ihm und dem Bezirk bestand ein jahrelanges Treueverhältnis, man kannte ihn und seine bemerkenswerte politische Vergangenheit. Die Gegenkandidaten wurden fast ausschließlich mit persönlichen Argumenten oder gar Intrigen bekämpft, bis man sie auf gütliche Weise aus der Konkurrenz bringen konnte.

Im Zusammenhang mit Volksversammlungen und Wahlkampf wurde das politische Interesse gesteigert. Die politische Versammlung in Öhringen konstituierte sich zum Verein, der in enger Verbindung mit ähnlichen Vereinen und mit dem Abgeordneten in Frankfurt stand. Die Nationalversammlung wurde zum zentralen Thema bei den Zusammenkünften der Vereine. Eine Form des gesteigerten politischen Bewußtseins kann man auch in den Forderungen nach Neuwahlen der „lebenslänglichen“ Gemeinderäte in vielen Gemeinden sehen oder in der Art, wie die Öhringer Bürger ihren Unwillen über das veraltete Wahlsystem bei der Wahl zur Ständeversammlung demonstrierten.

#### Anmerkungen

- ° Diesem Aufsatz liegt eine Arbeit mit demselben Titel (53 S. maschinenschriftlich) zugrunde, die von mir in einem Proseminar am Historischen Seminar der Universität Tübingen im Wintersemester 1967/68 unter der Leitung von Herrn Dr. Bernhard Mann und unter dessen dankenswerter Beratung angefertigt wurde. Hauptquellen für diese Arbeit waren neben den damaligen württembergischen Tageszeitungen „Der Beobachter“, die „Schwäbische Kronik“ und der Öhringer Lokalzeitung „Der Bote für Hohenlohe“ hauptsächlich Archivalien aus den Stadtarchiven von Öhringen und Forchtenberg, dem Staatsarchiv Ludwigsburg und dem Fürstlich Hohenlohischen Gemeinschaftlichen Archiv in Neuenstein. An dieser Stelle möchte ich den Archiven, besonders aber Herrn Archivrat Karl Schumm aus Neuenstein, für die freundliche Unterstützung danken.



- <sup>1</sup> Der Bote für Hohenlohe. Amts- und Intelligenz-Blatt zunächst für den Oberamts-Bezirk Öhringen und Umgebung Nr. 29 vom 7. März 1848, S. 113.
- <sup>2</sup> Der Beobachter Nr. 10 vom 12. März 1848, S. 39; ähnliche Meldungen: Schwäbische Kronik Nr. 71 vom 12. März 1848, S. 317 f.
- <sup>3</sup> Der Beobachter Nr. 12 vom 14. März 1848, S. 47; vgl. dazu die Schilderung der Vorgänge durch den fürstlichen Kanzleirevisor Thum, Fürstlich Hohenlohisches Gemeinschaftliches Archiv Neuenstein, Kasten 1848: „Die Bewegung 1848.“ Abgedruckt in: Karl Schumm, 1848 in Oehringen und Künzelsau, Hohenloher Chronik 6. Jg. Nr. 3 vom 26. April 1958, S. 2.
- <sup>4</sup> Der Bote für Hohenlohe Nr. 35 vom 21. März 1848, S. 143; Bericht zur politischen Versammlung: ebenda Nr. 46 vom 15. April 1848, S. 196 f.
- <sup>5</sup> Staatsarchiv Ludwigsburg, Bestand F 192 Bü. 414; Der Gemeinderat von Pfedelbach hatte am 5. April vorgebracht, durch den politischen Verein werde die nächtliche Ruhe gestört und würden vor allem die an ihr hauptsächlich teilnehmenden ledigen Männer verdorben. Dem Polizeidiener hatten diese nämlich, als er zur Polizeistunde erschien, geantwortet „Wir haben Freiheit!“ Außerdem gingen die Männer erst sehr spät nach Hause, so daß sie „des Morgens nicht mehr gehörig an die Arbeit kommen und viel Geld verbrauchen, wodurch die Gemeindepflege am meisten leidet“.
- <sup>6</sup> Staatsarchiv Ludwigsburg, Bestand E 146 Bu. 934.
- <sup>7</sup> Schwäbische Kronik Nr. 119 vom 29. April 1848, S. 603.
- <sup>8</sup> Zu den überregionalen politischen Vereinen vgl. den vorausgehenden Beitrag von Bernhard Mann.
- <sup>9</sup> Gemeinschaftliches Archiv Neuenstein, Kasten 1848: „Wahl eines Abgeordneten zur konstituierenden deutschen Nationalversammlung u. a.“ Flugblatt. (Text auch in: Der Bote für Hohenlohe Nr. 43 vom 8. April 1848, S. 181.) In denselben Akten: Berichte des Rat Neubert und Amtmann Eisenmenger vom 8. und 13. April 1848.
- <sup>10</sup> Der Bote für Hohenlohe Nr. 45 vom 13. April 1848, S. 190.
- <sup>11</sup> Der Beobachter Nr. 20 vom 22. März 1848, Beilage.
- <sup>12</sup> Schwäbische Kronik Nr. 148 vom 23. Juni 1868, S. 1761, Nekrolog: Rödinger war 1824, kurz vor seinem juristischen Staatsexamen in Tübingen im Zuge der Burschenschaftsverfolgungen verhaftet und bis zu seinem Verfahren 8 Monate auf dem Asperg gefangen gehalten worden. Im Mai 1825 wurde er wegen „Teilnahme an einer hochverräterischen Verbindung zur Herbeiführung der Einheit Deutschlands nötigenfalls mit Gewalt“ zu 3½ Jahren Festungsstrafe verurteilt, jedoch an des Königs Geburtstag (27. September) im Jahre 1826 begnadigt. Nach Examen und Referendarzeit ließ er sich in Stuttgart als Rechtsanwalt nieder und gründete zusammen mit Tafel die Zeitung „Der Hochwächter“ (später „Der Beobachter“). 1833 wurde er im Zusammenhang mit den Umtrieben des Leutnant Koseritz erneut verhaftet, aber nach einigen Wochen freigesprochen.
- <sup>13</sup> Der Bote für Hohenlohe Nr. 46 vom 15. April 1848, S. 194 ff.
- <sup>14</sup> Stadtarchiv Öhringen, 1014 Landstände und Verfassung: „Repräsentantenwahl zum Reichstag nach Frankfurt 1848.“ Namen ermittelt aus Subskriptionsliste für Wahlkampfkosten vom 24. April 1848. Vgl. Anm. <sup>18</sup>.
- <sup>15</sup> Karl Schumm, Aus dem Leben des Dr. Wilh. Friedr. Schäufelen. In: Hohenloher Chronik Jg. 6 Nr. 1 vom 8. März 1958, S. 2 f.
- <sup>16</sup> Kocher- und Jagstbote Nr. 32/1848, Beilage: „Die Volksversammlung zu Hohebuch.“ Weiterer Bericht: Gemeinschaftliches Archiv Neuenstein, Kasten 1848: „Die Bewegung 1848.“ „Künzelsau den 20. April 1848. Bericht des Amtmann Eisenmenger, die gestern in Hohebuch abgehaltene Volksversammlung betreffend.“ Abgedruckt in: Karl Schumm, 1848 in Oehringen und Künzelsau, a. a. O., S. 3 f. Kerns Flugblatt „Mein politisches Glaubens Bekenntniß“ ist abgedruckt in: Hohenloher Chronik Jg. 6 Nr. 4 vom 20. Mai 1958, S. 3. In 19 Artikeln, die alle mit „Ich glaube . . .“ beginnen, tritt er vor allem für die Einheit Deutschlands und die Freiheit der Deutschen in einer konstitutionellen Monarchie ein.
- <sup>17</sup> Stadtarchiv Öhringen, 1014: Brief vom 21. April 1848.
- <sup>18</sup> Ebenda Entwurf für Flugblatt, Flugblatt und Subskriptionsliste.

- <sup>19</sup> Der Bote für Hohenlohe Nr. 49 vom 22. April 1848, S. 112.
- <sup>20</sup> Stadtarchiv Öhringen, 1014: Brief von Mayer (nicht deutlich lesbar), Hall an Stadtschultheiß Ade vom 23. April 1848.
- <sup>21</sup> Zu den Vorgängen im Wahlbezirk Hall—Crailsheim—Gaildorf vgl. den vorausgehenden Beitrag von Bernhard Mann.
- <sup>22</sup> Schwäbische Kronik Nr. 121 vom 1. Mai 1848, S. 624.
- <sup>23</sup> Stadtarchiv Forchtenberg, XII/123: „Akten Revolutionsjahr 1848 März —“; hier sind die die Wahl betreffenden amtlichen Schriftstücke bis zur Bekanntmachung der Wahl durch den Ausrufer vorhanden.
- <sup>24</sup> Stadtarchiv Öhringen, 1014: Wahlmännerliste von Öhringen. Die Wahlakten mit Wahlprotokollen, Wählerlisten und Wahlzetteln, die sich nach Art. 10 der Königlichen Wahlverordnung ebenfalls dort befinden müßten, sind dort und auch in den staatlichen Archiven nicht aufzufinden.
- <sup>25</sup> Ebenda Wahlprotokolle zur Ständeversammlung vom 5. Mai, fortgesetzt den 10. Mai 1848.
- <sup>26</sup> Der Bote für Hohenlohe Nr. 51 vom 27. April 1848, S. 219.
- <sup>27</sup> Der Beobachter Nr. 57 vom 1. Mai 1848, S. 227, und Schwäbische Kronik Nr. 121 vom 1. Mai 1848, S. 624.
- <sup>28</sup> Der Beobachter Nr. 57 vom 1. Mai 1848, S. 227.
- <sup>29</sup> Stadtarchiv Öhringen, 1014: Briefe von Rödinger an Stadtschultheiß Ade vom 29. und 30. April 1848.
- <sup>30</sup> K. Klüpfel, Aus Johannes Fallatis Tagebüchern und Briefen. Ein Beitrag zur Geschichte des Jahres 1848. In: Württembergische Vierteljahreshefte für Landesgeschichte, Jg. VIII/1885 I, S. 12.
- <sup>31</sup> Der Bote für Hohenlohe Nr. 56 vom 13. Mai 1848, S. 248; Nr. 59 vom 16. Mai 1848, S. 253, und Nr. 62 vom 23. Mai 1848, S. 268. Nur „zwei crasse Pietisten aus Obersöllbach“ hatten gegen Rödinger gestimmt.
- <sup>32</sup> Thilo Schnurre, Die württembergischen Abgeordneten in der konstituierenden deutschen Nationalversammlung, Stuttgart 1912, S. 120.